VR-03-033 Digitale Souveränität stärken: Unsere Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie schützen!

Antragsteller*in: Benjamin Adjei (KV München)

Änderungsantrag zu VR-03

Von Zeile 32 bis 39:
geschlossen. Die schwarz-rote Bundesregierung prüft derzeitden Einsatz der Analysesoftware des US-Unternehmens Palantir auch in Bundesbehörden, obwohl ~~eine Beschlusslage des Deutschen Bundestages dies ablehnt und auch die Innenministerkonferenz vor neuen Abhängigkeiten und Gefahren warnt. Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, den Einsatz solcher, mit grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien unvereinbarerSysteme zu verhindern. Seitdem hat sich die Lage weiter zugespitzt. Es bleibt dabei:~~die Innenministerkonferenz vor neuen Abhängigkeiten und Gefahren warnt und Datenzugriffsversuche nach US CLOUD Act oder Sec 702 FISA praktisch nicht auszuschließen sind. Bereits in der vergangenen Wahlperiode haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, solche automatisierten Datenanalysetools und Datenbankzusammenführungen für die Polizei grundrechtskonform entwickeln zu lassen, hierfür KI-Reallabore zu nutzen und dabei auf europäische Anbieter zurückzugreifen. Die Kombination und Visualisierung unterschiedlicher Datenbestände der Polizei braucht grundrechtskonforme und differenzierte Rechtsgrundlagen und die Programme müssen vollständig demokratisch und rechtstaatlich kontrollierbar sein. Seitdem hat sich die geopolitische Lage weiter zugespitzt. Der Einsatz von Palantirs Technologie birgt erhebliche verfassungs- und

Begründung

Die Änderung macht deutlich: Sicherheit darf nicht auf Kosten von Grundrechten gehen, indem Systeme wie Palantir demokratischer Kontrolle entgleiten können. Wir wollen der Polizei und den Ermittlungsbehörden aber entsprechende moderne Tools für ihre Ermittlungsarbeit zur Verfügung stellen, diese wollen wir durch europäische Entwicklungen zur Verfügung stellen und entsprechend rechtsstaatlichen Maßstäben kontrollieren und einsetzen. Moderne Polizeiarbeit braucht Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und souveräne, europäische Technologien – keine Black-Box-Software aus den USA.

weitere Antragsteller*innen

Susanne Sachtleber (KV Berlin-Mitte); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Ulrich Winter (KV Weißenburg-Gunzenhausen); Marianne Weiß (KV Bielefeld); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Maximilian Schulz (KV Mannheim); Antonia Hübner-Kruzinna (KV Emmendingen); Jan Kürschner (KV Kiel); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow); Tobias Bacherle (KV Böblingen); Petra Sander (KV Karlsruhe); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Sabrina Brumme (KV Leipzig); Jasmin Ateia (KV Lörrach); Ferdinand Moors (KV Leipzig); Joachim Hood (KV Bielefeld); Anna Friedl (KV München); sowie 61 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.